

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

12.07.2021

Inhalt

EWN

1 Vorpommern-Rat hat viele Forderungen an Schwesig <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 12.07.2021</i>	3
2 KKW: von Krebsrate bis Stadtpsyche <i>Märkische Allgemeine - Dosse-Kurier, 10.07.2021</i>	5
3 Nord Stream schafft Fakten <i>Handelsblatt, 12.07.2021</i>	7
4 Pilotprojekt schürt Atomängste <i>Elbe-Jeetzel-Zeitung, 12.07.2021</i>	9

 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 12.07.2021 | S. 12

 Auflage: 11.215 | Reichweite: 26.975

 Frank Pfaff

WIRTSCHAFT

Vorpommern-Rat hat viele Forderungen an Schwesig

Im östlichen Landesteil hinkt die Entwicklung oft hinterher. Das schafft Unmut bei den Bürgern, die das bei Wahlen die Regierungsparteien auch spüren ließen. Der daraufhin berufene Vorpommern-Rat legte nun ein Strategie-Konzept vor.

Der Landesteil Vorpommern soll für Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen weiter Höchstfördergebiet bleiben, beim Einsatz der Mittel mehr eigene Befugnisse bekommen und besser an das überregionale Verkehrsnetz angebunden werden. Das sind Kernforderungen aus dem Strategiepapier des Vorpommern-Rats, den das Gremium am Samstag in Greifswald an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) übergeben hat. Es bleibe „wichtigste Aufgabe, die Wirtschaftskraft weiter zu stärken, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue anzusiedeln“, heißt es in dem 100-seitigen Katalog, der Bilanz und Ausblick zugleich ist.

Förderpolitik aus der Landesregierung heraus sei „manchmal weit entfernt von den Bedarfen“, konstatieren die Verfasser der Vorpommern-Strategie. Deshalb sollten Entscheidungen häufiger in die Hände der Verwaltungen vor Ort gegeben und die regionalen Förderbudgets aufgestockt werden. Die Häfen seien verstärkt zu Gewerbestandorten auszubauen, die Werbung um weitere Neuansiedlungen in Zukunftsbranchen wie Biotechnologie und Gesundheitswirtschaft zu intensivieren, heißt es in dem Papier.

Auch traditionelle Bereiche sollen unterstützt werden. „Zur Sicherung der einheimischen Fischerei wird ein Gesamtkonzept entwickelt, bei dem die Verbindung mit Tourismus, Gastronomie, Traditionspflege, Verarbeitung und Vermarktung ein Überleben dieses regional prägenden Berufszweiges ermöglicht“, heißt es. Dem Tourismus wird in dem Strategiepapier größte Bedeutung beigemessen, wobei Potenzial vor allem noch im Hinterland der Küstenregionen gesehen wird.

Die Verfasser fordern eine Stärkung der grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin (Szczecin) auch mit Hilfe von Landesmitteln, Bundes- und Landesbehörden sollen in Vorpommern angesiedelt werden.

Der Vorpommern-Rat mahnt ein verbessertes Angebot im Nahverkehr an und dringt unter der Überschrift „Auf der Schiene deutlich zulegen“ auf einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. So soll die Darßbahn möglichst rasch reaktiviert und der Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Karniner Eisenbahnbrücke am Stettiner Haff vorangetrieben werden. Der Bund hatte zuletzt 2015 die Aufnahme des Millionen-Projekts, mit dem sich die Zug-Fahrzeit von Berlin in den Süden der Insel Usedom halbieren würde, abgelehnt. Das Land stellte aber 2,8 Millionen Euro für Vorplanungen bereit.

Schwesig verwies darauf, dass die Landesregierung bereits in der zu Ende gehenden Wahlperiode einen besonderen Schwerpunkt auf die Entwicklung Vorpommerns gelegt habe. „Denn wir wissen: Mecklenburg-Vorpommern wird insgesamt nur vorankommen, wenn sich beide Landesteile, Mecklenburg und Vorpommern, gut entwickeln“, erklärte sie.

Der Vorpommern-Rat habe nach ausgiebigem Dialog mit den Bürgern viele gute Ideen für die weitere Entwicklung Vorpommerns bis 2030 zusammengetragen. Die Strategie setze richtigerweise bei der wirtschaftlichen Entwicklung und der Schaffung und Sicherung von guten Arbeitsplätzen an. Vorpommern habe gute Chancen, die größte bestehe sicherlich darin, dass Vorpommern Teil einer grenzübergreifenden Metropolregion Stettin wird, so Schwesig.

Zur Wahrung des sozialen Zusammenhalts in der Region habe auch die Unterstützung lokaler Projekte mit Mitteln des Vorpommern-Fonds beigetragen. Den Angaben zufolge wurden in den vergangenen fünf Jahren 942 Vorhaben mit Zuschüssen in Höhe von insgesamt 10,5 Millionen Euro gefördert. Die damit angeschobenen Gesamtinvestitionen wurden mit 68,5 Millionen Euro angegeben.

Die oppositionelle Linke indes sprach von einer dürftigen Vorpommern-Bilanz der Landesregierung. Zwar seien viele Förderschecks verteilt worden, über die sich die Empfänger freuen könnten. „Die Menschen erwarten allerdings eine weitaus wirksamere und nachhaltige Politik. Ein Kardinalfehler war, dass sich der Staat immer mehr aus dem ländlichen Raum zurückgezogen hat - ob das Finanzamt, das Amtsgericht oder die Polizeistation“, konstatierte Linksfraktionschefin

Simone Oldenburg. Strukturschwache Regionen insgesamt müssten stärker in den Fokus der Landesregierung rücken.

Der FDP-Landesvorsitzende René Domke kritisierte das Wirken von Vorpommern-Staatssekretär Patrick Dahlemann (SPD). „Es braucht keinen Staatssekretär, um die Bescheide von Fördermitteln zu überreichen: Da ist die Post deutlich schneller und günstiger für den Steuerzahler“, sagte Domke.

 Märkische Allgemeine - Dosse-Kurier | 10.07.2021 | S. 21

 Auflage: 2.657 | Reichweite: 6.903

 Celina Aniol

RHEINSBERG

KKW: von Krebsrate bis Stadtpsyche

Junge Generation blickt in einem neuen Buch auf die Auswirkungen der Atomindustrie, das Kernkraftwerk Rheinsberg steht dabei im Mittelpunkt ihrer Untersuchungen

Der *Atomausstieg* gilt in Deutschland als beschlossen. „Ist Kernenergie dadurch aber alter Quark?“, fragt Jörg Möller. „Das glaube ich nicht, wir werden uns damit noch Jahrzehnte beschäftigen.“

Möller weiß, wovon er spricht. Denn der *Rheinsberger* hat bis vor Kurzem im Kernkraftwerk (KKW) seiner Stadt gearbeitet. Dieses ist zwar längst abgeschaltet. Bis es aber abgebaut ist, wird es noch lange dauern. Und er ist der Chef des Stadtgeschichtevereins, der sich darum bemüht, das KKW-Zeitalter in *Rheinsberg* zu dokumentieren.

Frei von Vorurteilen ist die Debatte zum Thema Kernkraft aber keineswegs, sagt Möller. Denn die heute 20-Jährigen - diejenigen also, die bald die Entscheidungpositionen einnehmen werden - seien in einem Klima aufgewachsen, das den Ausstieg als den einzig richtigen Weg vorzeichnet. „Ich kann nicht das Schwarze weiß machen, aber ich kann mir das Für und Wider genauer anschauen, statt alles nur zu verteuern“, sagt er.

Genau diesen Aufklärungsversuch hat sein Verein gestartet. In Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Berlin und der Medizinischen Hochschule Brandenburg in Neuruppin entstand ein Buch, in dem sich vor allem die junge Generation mit dem Thema kritisch auseinandersetzt.

In „Kernkraftwerk *Rheinsberg*. Geschichte und Zukunft einer Technik“, das vom Berliner Verein „Orte der Geschichte“ herausgegeben wurde, geht es um die Anti-*Atomkraftwerk*-Bewegung, um Probleme beim *Rückbau* des KKW, um alternative Energieerzeugung in der Region, um Denkmalschutz am *Rheinsberger* Standort, aber auch um mögliche Umwelt- und Strahlenschäden.

Die jungen Autoren werfen zudem einen Blick auf die

Reaktorkatastrophen in Fukushima und Tschernobyl sowie auf die öffentliche Meinung zur Kernenergie. Daneben haben sie eine virtuelle Ausstellung erarbeitet, die sich mit dem *Rheinsberger* Werk beschäftigt. Die Hochschulrektorenkonferenz hat diese gefördert.

Die Studenten haben - angeleitet von Andreas Jüttemann, der an beiden Forschungsstandorten arbeitete - zum Beispiel untersucht, wie sich die Krebsrate im Umfeld des *KKW Rheinsberg* entwickelt hat. „Und sie haben überhaupt keinen Ausreißer nach oben feststellen können“, berichtet Möller, der auch einen Beitrag für das Buch verfasst hat. Darin geht es um die Frage, wie das *Rheinsberger* Haus der Stadtgeschichte die *KKW*-Geschichte in *Rheinsberg* verarbeiten soll.

Trotz dieser Voreingenommenheit wagt der Vereinschef ein klares Votum für das Buch. „Die jungen Leute stellen unvoreingenommen Fragen zu dem Thema und beleuchten sie kritisch“, sagt Möller. „Es unterscheidet sich stark von den hunderten Büchern, die es schon gibt, die aber meistens ganz klar eine Linie verfolgen.“ In dem neuen Werk hingegen werden Bedenken geäußert und überprüft und Fakten auf den Tisch gelegt - ohne, dass am Ende ein Fazit gezogen wird.

Möller freut sich über die Veröffentlichung - sie hat ihn aber auch ein bisschen in die Bredouille gebracht. Denn ursprünglich sollten die Studenten eine der vier Themensäulen entwickeln, die künftig im *Rheinsberger* Haus der Stadtgeschichte als Dauerausstellung zu sehen sein werden: die Kernkrafttechnik.

Wegen Corona ging das aber nicht: Der Besuch der Ausstellungsräume war für die Berliner Studenten in der Pandemiezeit kaum möglich. Um die Zusammenarbeit nicht völlig gegen die Wand fahren zu lassen, haben die Studenten Beiträge für das Buch geschrieben. Nun muss das Museum erneut nach jemandem suchen, der den *KKW*-Part der Dauerausstellung ge-

staltet.

In den Vereinsräumen soll es vor allem um die Auswirkungen der *KKW*-Ansiedlung auf die frühere Ackerbürgerstadt gehen. Dabei aber nicht um eine rein historische Betrachtung, sondern vielmehr auch ums Scannen der Stadtpsyche bis zum heutigen Tag.

Klar habe das Werk früher eine größere Strahlkraft gehabt als jetzt. Schließlich haben dort 1989 rund 580 Menschen der 5500-Einwohner-Stadt gearbeitet und heute sind beim Abbau des Standorts nicht einmal 150 Mitarbeiter beschäftigt. „Die Rest-Ressentiments sind deutlich geringer - aber es gibt sie noch.“

Um die technische Seite soll es dabei in *Rheinsberg* weniger gehen. Diesen Part will das Deutsche Technikmuseum Berlin übernehmen. Dorthin soll auch die Blockwarte gebracht werden, die den Zehn-Mark-Schein in der DDR zierte.

Ob und wann das aber passiert, das sei nach wie vor offen. Denn das Museum in der Hauptstadt arbeite noch an seinen Erweiterungsplänen, genauso wie die *Rheinsberger* an ihrem Konzept. Beide Projekte haben gemeinsam, dass es wohl noch Jahre dauern wird, bis sie die Geschichte des ältesten kommerziell genutzten DDR-*Atomkraftwerks* ins rechte Licht rücken.

Das Buch ist für 10 Euro im Haus des Vereins Stadtgeschichte *Rheinsberg* in der Seestraße 22 werktags von 8 bis 14 Uhr erhältlich. Die virtuelle Ausstellung ist zu sehen unter: www.nuclear-landscapes.de.

Zitat-Text:

”Ich kann nicht das Schwarze weiß machen, aber ich kann mir das Für und Wider genauer anschauen, statt alles nur zu verteufeln.” - Jörg Möller, Chef des Vereins Stadtgeschichte *Rheinsberg* und ehemaliger *KKW*-Mitarbeiter

Handelsblatt | 12.07.2021 | S. 001

Auflage: 197.561 | Reichweite: 523.141

Moritz Koch, Annett Meiritz, Klaus Stratmann

Nord Stream schafft Fakten

Nord-Stream-2-Chef Matthias Warnig erwartet, dass die Ostseepipeline bereits im August fertiggestellt wird. Den Gegnern des Projekts läuft die Zeit davon.

Der lange Kampf um Nord Stream 2 geht in die letzte Phase. Am Montag empfängt Bundeskanzlerin Angela Merkel den ukrainischen Staatschef Wolodimir Selenski, am Donnerstag besucht sie US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus. Während die Pipeline-Diplomatie auf Hochtouren läuft, schafft die Nord Stream 2 AG Fakten. "Mittlerweile sind 98 Prozent der Pipeline fertiggestellt", sagt Nord-Stream-2-Chef Matthias Warnig im Interview mit dem Handelsblatt. "Wir gehen davon aus, dass die Bauarbeiten Ende August beendet sind." Die Gasleitung werde bereits dieses Jahr betriebsbereit sein.

Den Gegnern des Projekts läuft die Zeit davon. Doch noch ist die Gefahr nicht gebannt, dass die Pipeline auf den letzten Metern durch neue US-Sanktionen gestoppt wird. "Das Risiko ist hoch, das lässt sich nicht vom Tisch wischen", räumt Warnig ein. Insbesondere die USA und die Ukraine sehen in Nord Stream 2 ein Machtmittel des Kremls. US-Präsident Biden hat zwar davon abgesehen, Sanktionen gegen Warnig und die Nord Stream 2 AG in Kraft zu setzen. Er könnte diese Entscheidung aber jederzeit revidieren.

Auch in der EU ist die Pipeline umstritten. "Nord Stream 2 belastet die Beziehungen zu unseren Verbündeten", sagte Manfred Weber, Fraktionschef der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament, dem Handelsblatt. "Den Betreibern muss klar sein, dass der Betrieb der neuen Pipeline eine große Hypothek darstellt." Sollten sich die Beziehungen zu Russland verschlechtern, müsse "ein Abnahme- und Betriebsstopp möglich sein".

Gegen alle politischen Widerstände hält die Bundesregierung an Nord Stream 2 fest. Allerdings ist Merkel bereit, Zugeständnisse zu machen. Seit Wochen verhandeln die Regierungen der USA und Deutschlands. In Berlin und Washington zeigt man sich vorsichtig optimistisch, dass eine Lösung gefunden werden kann. Eifrig werden Papiere hin und her geschickt, in denen Gemeinsamkeiten ausgelotet werden. Die Angebote der Deutschen werden in Washington als "konstruktiv"

beschrieben. Doch die Verhandlungsdetails kennt nur ein kleiner Kreis von Beamten.

Das Ziel ist es, dass Biden und Merkel am Donnerstag eine Grundsatzvereinbarung verkünden können, die die negativen geopolitischen Folgen der Pipeline minimiert. Das deutsche Konzept umfasst Überlegungen, die Unterstützung für die Ukraine auszubauen. Kiew befürchtet, dass Russland den landbasierten Gastransit einstellt, sobald die neue Pipeline in Betrieb ist. Damit würde die Ukraine mit den Transitgebühren eine wichtige Einnahmequelle verlieren.

Deutschland könnte Kompensationszahlungen anbieten. Zudem prüft die Bundesregierung, wie sie die Ukraine dabei unterstützen kann, langfristig vom Erdgastransit unabhängig zu werden. Eine Ideallösung wäre es, die Ukraine in einen Wasserstoff-Exporteur zu verwandeln. Die Idee ist, dafür das bestehende Netz von Pipelines und Gasspeichern in der Ukraine umzufunktionieren. Allerdings sind hohe Investitionen in erneuerbare Energien erforderlich, damit der ukrainische Wasserstoff klimaschonend produziert werden kann. Dafür braucht Kiew Hilfe. Wahrscheinlich wird der ukrainische Präsident Selenski am Montag dieses Thema ansprechen. Die EU treibt parallel eine Rohstoff- und Batterie-Partnerschaft mit Kiew voran. Kommissionsvize Maros Sefcovic reist dafür am Montag nach Kiew.

In Washington wird die Frage immer drängender, wie lange Präsident Biden noch auf Sanktionen gegen die am Pipelinebau Beteiligten verzichten kann. Biden ist eine gute Beziehung zu Deutschland wichtiger als ein Stopp von Nord Stream 2. Doch der Präsident steht unter wachsendem Druck. Im Kongress ist die Ablehnung von Nord Stream 2 Konsens. Das US-Außenministerium betonte vor dem Merkel-Besuch, die Biden-Regierung schließe neue Sanktionen nicht aus. Im Umfeld des Weißen Hauses hieß es, man hoffe auf Möglichkeiten, den Betrieb verzögern zu können. Schließlich müssten, bevor das Gas fließen kann, noch Tests und Genehmigungen abgeschlossen werden.

Ende vergangenen Jahres hatte der norwegische Zertifizierungsspezialist Det Norske Veritas - Germanischer Lloyd (DNV-GL) die Zusammenarbeit mit der Nord Stream 2 AG wegen der US-Sanktionsdrohungen eingestellt. Nord-Stream-2-Chef Warnig betont, man arbeite an Lösungen. "Am Ende wird eine Pipeline stehen, die allen Genehmigungsanforderungen und internationalen Industriestandards gerecht wird", sagte er.

Insider berichten, die Nord Stream 2 AG habe Ingenieure und andere Experten, die zuvor für DNV-GL gearbeitet hätten, nun direkt unter Vertrag genommen. Das Unternehmen habe gute Chancen, auf diesem Weg an eine Zertifizierung zu kommen. Eine Bestäti-

gung von der Nord Stream 2 AG gibt es dafür nicht.

Die Grünen fordern die Bundesregierung auf, die Notbremse zu ziehen. "Nord Stream 2 sollte gestoppt werden", fordert die Grünen-Europapolitikerin Franziska Brantner. "Nicht Biden zuliebe, sondern weil es geo- und klimapolitisch gerade jetzt das falsche Signal ist, Putins Clique Milliarden zu überweisen. Damit würde Deutschland einen Keil durch Europa treiben." Moritz Koch, Annett Meiritz, Klaus Stratmann

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

"Nord Stream 2 belastet die Beziehungen zu unseren Verbündeten." - Manfred Weber, Fraktionschef der EVP

200 Meter starken Deckgebirge suchen.

Bahlburg fiel im Bericht aus dem Jahr 1983 noch durch das Raster aufgrund der „geringen Größe der weniger als 700 Meter unter Normalnull gelegenen Teile der Salzstockoberfläche“. Damals galten Einlage-

rungssohlen, die tiefer als 1000 Meter liegen, als ungeeignet, weil man annahm, dass es dort zu heiß werde. Bei der aktuellen Suche werden aber auch Salzstöcke bis 1 500 Meter unter der Erde untersucht. So wurde Bahlburg pilotprojekt-geeignet.